

nicht kommerzielle Beratung zu erhalten. Quelle: Pressemitteilung der niedersächsischen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung vom 30.7.2015

Reform des Wohngeldrechts. Der Bundestag hat am 2. Juli dieses Jahres den vom Bundesbauministerium eingebrachten Gesetzentwurf zu einer Wohngeldreform befürwortet, von der rund 866 000 Haushalte profitieren sollen. Vorgesehen ist eine Anhebung der Leistungen, wobei neben der Einkommensentwicklung auch der Anstieg der Mieten seit dem Jahr 2009 in die Berechnung einfließt. Um der lokal unterschiedlichen Mietsteigerung Rechnung zu tragen, werden die Miethöchstbeträge, bis zu denen die Miete bezuschusst wird, regional gestaffelt angehoben. Dabei soll sich das Wohngeldleistungsniveau um rund 39 % erhöhen, so dass beispielsweise ein Zwei-Personen-Haushalt künftig durchschnittlich 186 Euro statt der bisherigen 115 Euro Wohngeld monatlich erhalten wird. Da das Wohngeld von Bund und Ländern je zur Hälfte gezahlt wird, bedarf der Entwurf noch der Zustimmung des Bundesrates. Der Beschluss wird voraussichtlich zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Quelle: Städetag aktuell Juni 2015

Neue Internetseite zum Blindengeld. Als Wegweiser für die je nach Bundesland unterschiedlichen Bestimmungen zum Blindengeld hat der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) eine Homepage mit aktuellen Informationen eingerichtet, auf der auch auf Kürzungen und komplette Aufhebungen dieser Leistungen hingewiesen wird. Nach Meinung des DBSV bedarf es einer bundesweit einheitlichen Verfahrensweise. Das Blindengeld ist ein freiwilliger Nachteilsausgleich der Bundesländer für Mehrausgaben, die aufgrund einer Sehbeeinträchtigung anfallen können, wie beispielsweise für Haushaltshilfen, Vorlesen oder die Übertragung von Texten in Blindenschrift oder gesprochene Sprache. Sozialhilfeberichtigte Betroffene erhalten hierfür bundesweit einen Satz von 653,96 Euro monatlich. Im Übrigen bewegen sich die Beträge zwischen 266 Euro in Brandenburg und 562,39 Euro in Hessen. Die Onlineauskunft ist unter www.blindengeld.dbsv.org zu finden. Quelle: Pressemitteilung des DBSV vom 29.7.2015

Bundesregierung lehnt Wohnungsnotfallstatistik ab. Anlässlich einer Kleinen Anfrage der Grünen erklärte die Bundesregierung, dass sie für die Erstellung einer Wohnungsnotfallstatistik nicht zuständig sei, denn es handele sich hierbei um eine Angelegenheit der Länder und Kommunen. Demgegenüber vertritt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnunglosenhilfe (BAG W) den Standpunkt, nur der Bund sei in der Lage, für bundeseinheitliche und vergleichende Statistiken im gesamten Bundesgebiet zu sorgen. Da ein Großteil der wohnungslosen Menschen erfasst werde, sei eine bundesweite Erhebung durchaus realisierbar. Die Ursache der Wohnungslosigkeit liege nicht, wie häufig angenommen, in

7.10.2015 Frankfurt am Main. IGfH-Fachtag: Anspruch und Wirklichkeit in der Heimerziehung – Unmögliches möglich machen? Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Frau Sabine Isenmann, Tel.: 069/63 39 86 14, E-Mail: tagungen@igfh.de

8.-9.10.2015 Berlin. Fachtagung: Zukunftsfähige Hilfen zur Erziehung zwischen Einzelfallhilfe und Lebensweltorientierung. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, E-Mail: agfj@difu.de

8.-9.10.2015 Stuttgart. Seminar: Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Herausforderung und Chance für die Kommunen. Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Frau Sylvia König, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 12 58, E-Mail: koenig@difu.de

9.-11.10.2015 Berlin. 1. Fachtagung Gruppenanalytische Supervision und Organisationsberatung der D3G: Gruppenanalytische Supervision – Begegnung in Auseinandersetzung, Zusammenhalt und Innovation. Information: Geschäftsstelle D3G, Frau Bohnhorst, Schlangenweg 11 A, 34117 Kassel, Tel.: 05 61/207 60 02, E-Mail: info@d3g.org

12.-14.10.15 Münster. Fachkonferenz SUCHT 2015. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, Internet: www.dhs.de

21.-22.10.2015 Nürnberg. ConSozial 2015 – Kongress-Messe der Sozialwirtschaft. Information: Besucherbüro ConSozial, Rummelsberg 28, 90592 Schwarzenbruck, Tel.: 091 28/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

22.10.2015 Luzern/Schweiz. Luzerner Tagung zum Sozialhilferecht. Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe. Information: Hochschule Luzern, Soziale Arbeit, Frau Jlanit Schumacher, Werftestrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 00 41/413 67 48 83, E-Mail: jlanit.schumacher@hslu.ch

29.10.2015 Berlin. Fachtagung: Wirksamkeit in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Information: Rotkreuz-Institut Berufsbildungswerk im DRK Berlin gGmbH, Krampnitzer Weg 83-87, 14089 Berlin, Tel.: 030/36 50 21 17, E-Mail: heidenreich.i@bbw-rki-berlin.de

29.-30.10.2015 Essen. Fachkongress: Familien mit Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfe – Herausforderung Kultursensibilität. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org